

## Baden-Württemberg-Check: Sparen und Verzicht



Statt im Restaurant essen die Baden-Württemberger derzeit lieber zu Hause. 60 Prozent geben an, bei Besuchen in Gaststätten zu sparen. Foto: Felix Kästle/dpa



Im Supermarkt ist vieles teurer geworden. Trotzdem schränken sich beim Lebensmitteleinkauf weniger Menschen ein als noch im Jahr 2022. Foto: Oliver Berg/dpa

# Dunkle Wolken über dem Land

**Pessimismus macht sich breit: 37 Prozent der Bürger im Land haben den Glauben an eine bessere Zukunft verloren**

Wie zufrieden oder unzufrieden sind die Menschen im Südwesten mit der Arbeit der Landesregierung? Welche Sorgen und Ängste bewegen sie? Um das herauszufinden, haben sich die Tageszeitungen in Baden-Württemberg mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zusammengeschlossen. Die Meinungsforscher befragten mehr als 1.000 erwachsene Menschen im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Im aktuellen Teil des Baden-Württemberg-Checks geht es um die Situation der Kultur im Land.



im Land, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten. Im aktuellen Teil des Baden-Württemberg-Checks geht es um die Situation der Kultur im Land.

Von Sibylle Kranich

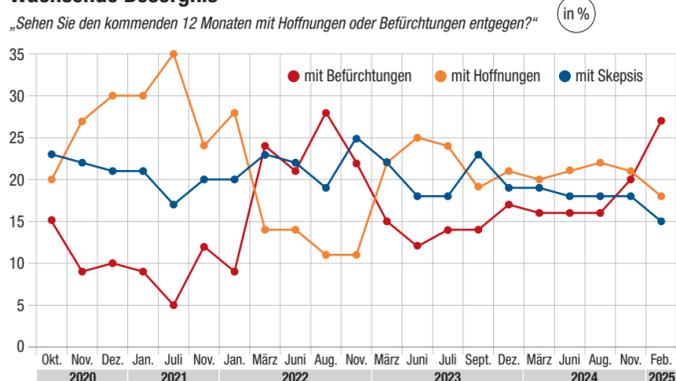
**Karlsruhe/Stuttgart.** In Baden-Württemberg macht sich Unruhe breit. Der aktuelle Baden-Württemberg-Monitor zeigt deutlich: Immer mehr Menschen blicken mit Sorgenfalten auf die nächsten zwölf Monate und immer kleiner wird die Zahl derer, die optimistisch in die Zukunft blicken. Die Entwicklung deutet sich bereits seit Jahren an. Die Stimmung wird nicht besser. Noch vor einem halben Jahr war jeder Vierte (26 Prozent) richtig besorgt, jetzt ist es schon mehr als jeder Dritte (37 Prozent). Weitere 25 Prozent sind skeptisch, wie es weitergehen soll. Und die Gruppe der Optimisten schrumpft – von 32 auf 28 Prozent. Unentschlossen äußerten sich zehn Prozent der Befragten.

Viele glauben mittlerweile, dass Deutschland seinen Höhepunkt überschritten hat und die besten Jahre vorbei sind. Das denken 43 Prozent der Baden-Württemberger. 38 Prozent sehen das nicht so schwarz und halten diese Einschätzung für übertrieben pessimistisch. Dabei gibt es einen klaren Zusammenhang: Wer die Finanzlage des Landes kritisch sieht, ist meistens auch überzeugt, dass Deutschland generell seinen Zenit überschritten hat.

Auch das Image vom Musterländle mit grundsolider Finanzlage bröckelt weiter. Die Bürgerinnen und Bürger beurteilen die Situation ihres Landes heute viel kritischer als noch vor ein paar Jahren. Im Sommer 2022 waren die Menschen in dieser Frage noch recht entspannt: 47 Prozent dachten, das Land steht finanziell gut da, dem gegenüber standen 36 Prozent, die schon damals skeptisch waren. Inzwischen glaubt nur noch gut jeder Dritte, dass die Landeskasse gut gefüllt ist, während 54 Prozent die Finanzen des Landes kritisch bewerten.

Frauen sind in dieser Frage übrigens etwas kritischer eingestellt als Männer. Noch stärker hängt das Urteil davon ab, wie es einem selbst geht. Wer seine eigene wirtschaftliche Lage positiv einschätzt, glaubt meist auch, dass das Land finanziell gut dasteht. Bei denen, die ihre eigene Situation nur als mittelmäßig bewerten, überwiegt dagegen bei Weitem die Meinung, dass es um die Landesfi-

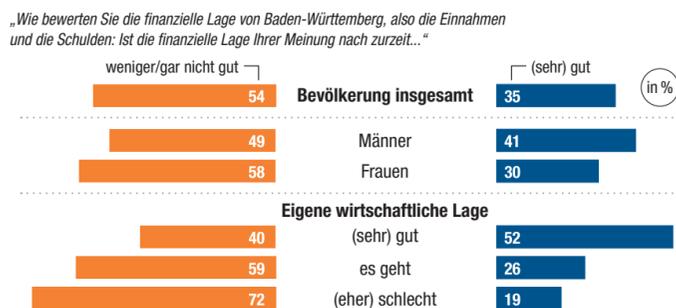
### Wachsende Besorgnis



### Wenig Unterstützung für Sparmaßnahmen vor Ort



### Kritische Bilanz der Landesfinanzen



### Teilweise Verlagerung der Einschränkungen



Basis: BaWü, Bevölkerung ab 18 Jahre | Quelle: Allensbacher Archiv

nanz schlecht bestellt ist. Wer selbst zu kämpfen hat, ist noch pessimistischer: In dieser Gruppe gehen 72 Prozent davon aus, dass nicht nur sie selbst, sondern auch das Land in finanziellen Schwierigkeiten steckt.

Angesichts der angespannten Haushaltslage stellt sich also die Frage: Sparen oder neue Schulden machen? Die Baden-Württemberger meinen überwiegend, dass eine strikte Schuldenbremse nicht mehr zeitgemäß ist. Die Hälfte der Bevölkerung ist dafür, in bestimmten Bereichen mehr auszugeben, auch wenn das bedeutet, mehr Schulden zu machen. Nur 36 Prozent halten dagegen und möchten, dass Baden-Württemberg sich nicht stärker verschuldet.

Die Wünsche der Bürger zeigen deutlich: Der Staat steht unter enormem Erwartungsdruck. Die große Mehrheit nennt viele Bereiche, in die mehr Geld fließen sollte, aber nur wenige, wo gespart werden könnte.

Über 90 Prozent der Baden-Württemberger halten es für notwendig, dass der Staat mehr in Krankenhäuser und Sozialstationen investiert, ebenso in die Ausstattung von Schulen. Zwischen 81 und 86 Prozent wünschen mehr Geld für Verkehrsinfrastruktur, Polizeiausstattung und Kinderbetreuung. Drei Viertel fordern auch mehr Investitionen in Wohnungsbau und ÖPNV, 70 Prozent in öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder und Büchereien. Auch die Wirtschaftsförderung sollte nach Ansicht von knapp zwei Dritteln ausgeweitet werden.

Es gibt nur drei Bereiche, wo die Mehrheit für Einsparungen ist: lokale Klimaprojekte (wie Radwege), Sportvereine und Kultureinrichtungen wie Theater und Museen. Allerdings machen diese Bereiche im Staatshaushalt natürlich viel weniger aus als die Felder, auf denen die Bürgerinnen und Bürger mehr Investitionen fordern.

Es sieht auch nicht so aus, als würden die Bürger ihre Wünsche zurückschrauben, nur weil die Staatsfinanzen kritischer gesehen werden. Die Wünsche bleiben weitgehend stabil oder steigen sogar in einzelnen Bereichen weiter an. Das gilt zum Beispiel für die Polizeiausstattung: Vor drei Jahren wollten 77 Prozent hier mehr Geld sehen, im vergangenen Jahr 79, jetzt sind es 81. Das hängt natürlich auch mit einem wachsenden Sicherheitsbedürfnis zusammen – viele haben den Eindruck, dass die Sicherheitslage in den letzten Jahren schlechter geworden ist.

Die Kommunen stehen vor besonderen Problemen. Ihre Schuldenlast ist unter anderem durch neue Aufgaben stark angestiegen. Die Bürger haben dabei wenig Vertrauen in die Sparpolitik vor Ort. Gerade mal 28 Prozent trauen den Kommunalpolitikern zu, bei notwendigen Sparmaßnahmen gute Entscheidungen zu treffen. 42 Prozent haben nur begrenztes Vertrauen, 17 gar keins. Diese Skepsis kommt auch daher, dass kaum eine Sparmaßnahme auf kommunaler Ebene breite Unterstützung findet. Am ehesten akzeptieren die Einwohner noch, wenn in ihrer Region Großveranstaltungen wie

Stadtfeste abgesagt werden, Ämter ihre Öffnungszeiten einschränken oder Theater geschlossen werden. Am wenigsten Unterstützung gibt es für Vorschläge, die Betreuungszeiten von Kitas einzuschränken, am ÖPNV zu sparen oder Schwimmbäder zu schließen.

Bei strukturellen Maßnahmen wie der Zusammenlegung von Ministerien oder Landkreisen ist die Unterstützung deutlich größer. 62 Prozent halten es für sinnvoll, den Landtag zu verkleinern, 60 Prozent wollen Ministerien zusammenlegen. 45 Prozent unterstützen die Zusammenlegung von Landkreisen und kleineren Gemeinden. Zurückhaltender wird ein genereller Personalabbau in der Verwaltung gesehen – den findet nur jeder Dritte gut.

Das Konsumklima ist seit längerem verhalten. Die vielen Krisen und vor allem der zeitweise steile Anstieg der Inflation belasten die Stimmung und veranlassen viele, lieber zu sparen als zu konsumieren. Die Inflation macht vielen nach wie vor Sorgen, trotz des deutlichen Rückgangs. Nur 41 Prozent bewerten ihre finanzielle Lage positiv, 39 Prozent als mittelmäßig und 20 Prozent als schlecht. Trotzdem haben viele den Eindruck, dass es weit verbreitet den Wunsch gibt, sich nicht einzuschränken, sondern das Leben zu genießen.

41

Prozent der Befragten in Baden-Württemberg bewerten ihre finanzielle Lage positiv. 20 Prozent dagegen als schlecht.

Die Mehrheit nennt aber durchaus Bereiche, in denen sie derzeit spart. Das betrifft vor allem Restaurantbesuche und Reisen: 60 Prozent der Baden-Württemberger schränken sich aktuell bei Restaurantbesuchen ein, 50 Prozent bei Urlaub und Reisen. Seltsam nur: Die Gastronomie-Statistiken bestätigen einen spürbaren Umsatzrückgang, die Touristikbranche dagegen so gut wie nicht. Fast jeder Zweite hält sich auch beim Kleinkauf zurück sowie bei Veranstaltungen und anderen Freizeitaktivitäten. 42 Prozent berichten von Einsparungen bei Heizung und Strom, 36 Prozent beim Spritverbrauch. Ähnlich viele sparen beim Kauf von Lebensmitteln und speziell bei Genussmitteln wie Alkohol, Süßigkeiten und Zigaretten.

Zum Vergleich: 2022 gab die Hälfte der Bevölkerung an, bei Restaurantbesuchen zu sparen, jetzt sind es 60 Prozent. Der Anteil derer, die bei Genussmitteln sparen, stieg im selben Zeitraum von 29 auf 37 Prozent, und der Anteil, der bei Veranstaltungen oder anderen Freizeitaktivitäten spart, von 42 auf 47 Prozent.

Insgesamt zeigt sich das Konsumklima zurzeit noch zurückhaltend. Ob sich in der aktuellen Gemengelage aus Krisen, Risiken und Umbrüchen bald eine deutliche Verbesserung ergibt, bleibt abzuwarten.